

# 1:

## Einleitung zur DV der CVP GR vom 22. April 2015

Stefan Engler, Parteipräsident CVP Graubünden

Die Delegiertenversammlung von heute stellt für uns die Weichen und ist der Start für die Ständerats- und Nationalratswahlen vom Herbst dieses Jahres.

Aus den Wahlen in den letzten Wochen in verschiedenen Kantonen lässt sich mindestens in der Tendenz ablesen, dass Mitte rechts gewinnt.

Das hat wahrscheinlich weniger mit dem politischen Personal zu tun, als mit den Themen, die unsere Bevölkerung aktuell beschäftigen.

Für viele Wählerinnen und Wähler stünden ökonomische Fragen wieder mehr im Vordergrund, mutmasst die NZZ von heute wohl zutreffend.

Die wirtschaftliche Unsicherheit, die Angst um Arbeitsplatz und Wohlstand hätten die Ökologie oder gesellschaftsliberale Themen in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund gedrängt.

Auch wenn sich keine genauen Prognosen für den Herbst daraus ableiten lassen, so weist der Trend doch gegen Mitte rechts. Was heisst das für uns?

Es muss uns, ich spreche damit die nationale CVP an, unbedingt gelingen, in den Stammländern, die eher traditionelle konservative Wählerschaft für uns zu gewinnen und wieder zurück zu gewinnen. Die Strategie, durch eine liberal soziale Politik in den Agglomerationen Wähleranteile gewinnen zu wollen, hat das zeigen die letzten vier Jahre, nur bedingt funktioniert. Jedenfalls gewinnen wir in den Agglomerationen nicht in dem Masse hinzu, wie wir in den Stammländern die traditionell konservative und bürgerliche Wählerschaft mehr und mehr preisgeben. Den von der Parteispitze beschlossenen Schulterschluss mit der SVP und der FDP in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen nimmt diese Sorge, wenn auch zum allerspätesten Zeitpunkt, gerade noch auf.

Dabei, liebe Parteifreunde hätten wir es in der Hand, verlässliche politische Heimat zu sein für Familien, für den Mittelstand, für das Gewerbe, für alle, für die Mass halten und Ausgleich –also keine Extrempositionen- Orientierungspunkte auf ihrem Lebensweg sind.

Immer mehr Leute haben genug von politischer Aufgeregtheit und Hektik, sie sehen sich nach weniger Aktivismus und dafür mehr Weitsicht, weniger Klientel- dafür mehr Gemeinwohlpolitik. Und dabei stünden uns unsere traditionellen Werte auch nicht im Wege.

Auch bei uns sehen sich viele Bündnerinnen und Bündner damit konfrontiert, dass nach langen Jahren der Gewohnheit, der stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem bescheidenen Wohlstand für viele, plötzlich vieles in Frage gestellt ist: Umfang und Inhalt staatlicher Leistungen, die wirtschaftliche Entwicklung unsers Kantons, ja sogar der Arbeitsplatz und das Familieneinkommen. Nicht nur das Land auch unser Kanton geht schwierigen Zeiten entgegen. Die Rahmenbedingungen namentlich für den Tourismus und die Exportindustrie haben sich, wie in den letzten 20 Jahren in der Art nie, weiter verschlechtert. Die Stromproduktion geht lahm. Hotels schliessen. Private Investitionen, die Perspektiven schaffen könnten, bleiben weitgehend aus. Mit Verzögerung wird die wirtschaftliche Schwäche die öffentliche Hand erreichen. Graubünden verliert im Ranking der Standortgunst zunehmend an Gunst.

Die Gründe dafür sind ihnen bekannt und liegen auch in nicht hausgemachten Auswirkungen von Entscheidungen, die uns als ländlichen und stark vom Tourismus geprägten Kanton in besonderem Masse treffen. Ich spreche die

## 2:

Auswirkungen der Masseneinwanderungsinitiative und die Unsicherheit bei der Umsetzung, an den zu starken Franken und die Gewissheit, dass wir für die Gäste aus dem Euro-Raum ein teures Pflaster werden;

Die Wasserkraft, die ihre Profitabilität verloren hat und Investitionen nicht einmal in die Erneuerung bestehender Werke erfolgen, was Arbeitsplätze aber auch die Einkünfte von Gemeinden und Kanton gefährdet;

Das für Wachstum und Beschäftigung lange Jahre verlässliche Zugpferd der Bauwirtschaft wurde abrupt an die Kandare genommen;

Die mutmasslichen Folgen der Unternehmenssteuerreform III, die Folgen der Säuberung des Finanzplatzes sowie die unsichere Konjunktur werden bald schon den interkantonalen Finanzausgleich auf eine harte Bewährungsprobe stellen und glauben Sie nicht, dass wir nicht davon betroffen würden.

Graubünden braucht zündende Ideen, mutige Investoren und die öffentliche Hand, die ihnen bei den ersten Schritten behilflich ist. „Aufbruch Graubünden“ heisst das von der CVP Graubünden initiierte Zukunftsprogramm, das den Zweck verfolgt, die Bündner Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Ich bin unserer Fraktion sehr dankbar dafür, dass sie in der soeben zu Ende gegangenen Session mit einer Palette an Ideen und Forderungen, Regierung und Grosser Rat herausgefordert hat, sich damit auseinanderzusetzen.

„Aufbruch Graubünden“ verfolgt in einer ersten Phase 4 Stossrichtungen:

Ertens:

Wir wollen für Wirtschaft und Private mehr Freiheit erreichen und uns damit von der zu engen Umarmung durch den Staat befreien. Graubünden wurde im jüngsten Freiheitsranking von avenir suisse –sukzessive- bis auf den vorletzten Rang aller Kantone durchgereicht. Einverstanden, solche rankings sollte man mit der gebotenen Ernsthaftigkeit würdigen, trotzdem hinterlässt es ein ungutes Gefühl.

Mit dem von GR Epp eingereichten Auftrag verlangt die Fraktion, dass die Bewilligungsbürokratie gründlich überprüft und abgebaut wird. Zu diesem Zweck soll ein öffentlich einsehbares Bürgerportal eingerichtet werden, das unseren Unternehmungen aber auch Privaten ermöglichen soll, Regulierungskosten, Verfahrensabläufe, Doppelspurigkeiten und überlange Verfahrensdauern an den Pranger zu stellen. Anlehnend an den vom Bund für die Bundesverwaltung entwickelten Regulierungs-Checkup verlangt der Vorstoss weiter, dass die Regulierungskosten künftig konsequent ausgewiesen werden müssen mit Ziel für Wirtschaft und Private durch die Regulierung anfallende Kosten zu reduzieren;

Zweitens:

Mit dem von GR Albertin eingereichten Vorstoss verlangen wir, dass die fusionierten und damit leistungsfähiger gewordenen Gemeinden auf Dauer nicht bloss der verlängerte Arm des Kantons sein dürfen. Erstarkte Gemeinde wollen mitgestalten können, dafür sind ihnen die Aufgaben und mit den Aufgaben auch Zuständigkeit und Verantwortung zu übertragen. Schliesslich müssen wir damit aufhören uns das Leben und Zusammenleben noch mehr zu verkomplizieren. Wir wollen der Freiheit eine Chance geben.

Drittens:

Wir verlangen Strategien und Massnahmen die regionalen Zentren zu stärken. Mit dem Auftrag von Grossrätin Silvia Casutt verlangen wir von der Regierung, dass sie einen deutlich aktiveren Part übernimmt, der Schrumpfung der peripheren Gebiete entgegenzuwirken und Strategien aufzeigt, wie die regionalen Zentren auszustatten sind, damit die die Funktion als Wirtschafts- und

# 3:

Dienstleistungsdrehscheibe in den Regionen effektiv wahrnehmen können. Dies soll Familien und Alleinstehende ermöglichen, den Wohnsitz auch in entlegenen Gegenden beizubehalten. Es soll aufgezeigt werden welche Infrastrukturen etwa in den Bereichen Verkehr, Bildung, Telekommunikation, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung, Erschliessungen von Gewerbe- und Industrieareale angestrebt und gefördert werden sollen, um die Regionen damit zu stärken; wie die heutige Gesetzgebung angepasst werden muss, um die regionalen Zentren als regionale Drehscheiben für Wirtschaft und Verwaltung aufzuwerten und wie Kooperations- und Ausgleichsmodelle unter den Gemeinden gestaltet werden müssten, um die (Regional)zentrumsvorteile, -nachteile mit den Möglichkeiten und Bedürfnisse der übrigen Gemeinden in der Region aufeinander abgestimmt und untereinander ausgeglichen werden können.

## Viertens

Sind vier davon überzeugt, dass der Kanton wie eine Unternehmung, deren Produkte die Halbwertszeit erreicht haben, in neue Produkte investieren muss.

Mit der Anfrage der Fraktion soll die Regierung ein Bekenntnis zum Forschungs- und Innovationsstandort Graubünden abgeben. So wie dereinst der Tourismus in Graubünden erfunden wurde, glauben wir an das Potential von Graubünden als Forschungsstandort. Dafür müssen wir bereit sein einen Initialaufwand zu leisten, damit die Ansiedlung oder Schaffung eines übergreifenden oder mehrere einzelner universitärer Institute, z.B. in den Bereichen Medizin-Technologie, Life Science, Umwelt und Klima, Lebensraum Alpen, Gesundheit und Klima, in Zusammenarbeit mit dem World Economic Forum, dem Schweizerischen Nationalfonds und weiteren Partnern aktiv gelingen kann.

In Anbetracht der als Folge von Frankenstärke, Zweitwohnungsinitiative, Krise der Wasserkraft, Wachstumsschwäche und drohenden Einnahmeausfällen der öffentlichen Hand düsteren Wirtschaftsprognosen für Graubünden, welche weite Teile unserer Wirtschaft treffen kann (Exportindustrielle, Tourismus (Hotellerie, Gastgewerbe und Bergbahnen) werden wir es uns auf Dauer nicht leisten können, den Stillstand zu verwalten. Deshalb appellieren wir an den Aufbruch Graubünden.

In einem halben Jahr sind die Wahlen. Das bedeutet für die Parteien eine grosse Herausforderung in vielerlei Hinsicht; geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu bestimmen, wirkungsvoll und glaubwürdig den Leistungsausweis und die Ziele der Partei zu vermitteln aber auch die Mittel aufzubringen, die für eine wahrnehmbar und einprägsame Kampagne erforderlich sind.

Den Ständerats- und Nationalratswahlkampf wollen wir von der CVP Graubünden nicht nur dafür nützen, möglichst viele Plakate aufzuhängen. Wir wollen mehr nämlich mit der Bevölkerung Ideen diskutieren, Bedürfnisse aufnehmen und diese in die politischen Gremien tragen. Wir wollen gut zuzuhören, die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und für die Zukunft unsers Kantons und seiner Bevölkerung Perspektiven zu schaffen.

Um Profil zu erlangen, müssen wir zuweilen auch bereit sein, mit den Konkurrenten den Streit suchen, wenn es um wichtige Themen geht. Eine Partei darf die klare argumentative, in der Sache harte Auseinandersetzung nicht scheuen. Politik sei kein Gesangsverein, meinte Geissler anspielend auf unser ständiges Bemühen, uns möglichst mit allen vertragen zu müssen. Die Rolle der Mehrheitsbeschafferin in der Mitte, die einmal nach rechts, einmal nach links Hand bietet, trägt definitiv nicht das Merkmal von Profil.

Mit einer solchen Haltung, liebe Delegierte, wollen wir selber unsere Kantonalpartei zu künftigen Erfolgen verhelfen. Eine Politik des Dialogs wollen wir verfolgen nach dem Grundsatz: **zuhören- verstehen- handeln.**

4:

Ich erkläre damit, die Delegiertenversammlung als eröffnet.